



Berlin braucht Olympia nicht

> **Risiken in Milliardenhöhe**

Sportliche Großereignisse können eine feine Sache sein. Ich sehe mir diese auch gerne an. Doch ob eine Stadt sechs WM-Spiele austrägt oder Olympische Spiele, das macht schon einen Unterschied. Und den kann Berlin sich einfach nicht leisten. Der Senat verspricht zwar „bescheidene“, „nachhaltige“ und „Bürgerspiele“. Mir fällt zum IOC ja alles Mögliche ein, aber ganz gewiss nicht „Bescheidenheit“.

Allein die Bewerbung für Olympia würde die Stadt mindestens 50 Millionen Euro kosten. Die weitere Vorbereitung birgt Haushaltsrisiken in Milliardenhöhe. Gleichzeitig fehlt in der Stadt bezahlbarer Wohnraum, der Personalmangel im Öffentlichen Dienst wird immer größer, Schulen, Straßen und Brücken müssen saniert werden. Und zwar jetzt und unabhängig von Olympia.

Dass Olympische Spiele Investitionen in die öffentliche Infrastruktur voranbringen und die Städte und ihre Bevölkerung wirtschaftlich davon profitieren, ist außer in der Propaganda des IOC durch nichts wirklich belegt. Und es ist ein Unterschied, ob investiert wird, um Dinge auf Olympiastandard zu bringen oder ob die Stadt ganz bestimmte Investitionen braucht. Letztere wurden von der Koalition mit Verweis auf die Haushaltslage regelmäßig abgelehnt. Und für Olympia soll das Geld jetzt da sein? Da wurde entweder damals, oder es wird heute gelogen.

Eine Bewerbung für Olympia sollte immer die Kür sein. In Berlin schaffen SPD und CDU aber nicht einmal die Pflicht. Das Sich-mal-ebenschnell-für-Olympia-Bewerben des Senats macht den Eindruck, als wolle er damit lediglich über die Krise der Koalition hinwegtäu-

Schwerpunktthema

- > **Müllschlucker: Klappe zu**
... weiter auf Seite 3
- > **Pankow hilft Flüchtlingen**
... weiter auf Seite 3 und 5
- > **Ecomobility:
Und nun die Farce**
... weiter auf Seite 5
- > **Pilothaus als
Abschreckung**
... weiter auf Seite 7

schen. Berlin sollte seine Investitionen nicht auf die Anforderungen von Olympia ausrichten, sondern auf eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung.



Udo Wolf
**Vorsitzender der
Linksfraktion im
Berliner
Abgeordnetenhaus**

> **Bahnflächen**

Die Linksfraktion hat einen Antrag eingebracht, um zum Einen Informationen über zum Verkauf stehende Bahnflächen zu erhalten und zum Anderen öffentliches Interesse an diesen Flächen anzumelden. Die ehemaligen Bahnflächen sollten keine Spekulationsobjekte für teuren Wohnungsbau werden, sondern zum Beispiel als Grünflächen dienen.

> **Vor-Ort-Gespräche**

Fraktionsübergreifend wurde beantragt, dass es für die gewählten Mitglieder in Parlamenten (Bundestag, Abgeordnetenhaus, BVV Pankow) die Möglichkeit geben soll, in bezirkseigenen Einrichtungen Bürgersprechstunden abzuhalten. Das ist auch ein Mittel, um Demokratie zwischen den Wahltagen erlebbar zu machen.

> **Dietzgenstraße**

Eine Bürgerinitiative hat die Forderung formuliert, dass für die Dietzgenstraße im Ortsteil Niederschönhausen Tempo 30 gelten soll. Ein Bürgerantrag, der auch mehr Queerungshilfen fordert, wird nun im Verkehrsausschuss beraten.

> **Kinderkrankenhaus**

Das ehemalige Kinderkrankenhaus in Weißensee verfällt weiter. Bisher war der Investor nicht bereit, seine Pläne und Verpflichtungen zu realisieren. Der Senat, der das Areal verkauft hat, betreibt nun eine Rückabwicklung. Ein Gerichtstermin ist noch nicht benannt.

> **Bebauung**

Die Grünen haben beantragt, für die Wohngebiete aus den 50er und 60er Jahren Pläne für Neubauten zu entwickeln. Natürlich soll das „behutsam“ und „sozial“ geschehen. Die Linksfraktion lehnt diese Nachverdichtung aus guten Gründen ab. Licht und Luft in diesen Gebäudeensembles sind Lebensqualität für die Bewohner.

Lieber wat jutet statt Olympia

Eingangs der 25. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV)

Ergebnis einer permanenten Personalabbaupolitik) zu massiven Ausfällen



wies Bezirksbürgermeister Köhne (SPD) auf den 110. Geburtstag des bedeutenden Wissenschaftlers und Historikers Jürgen Kuczynski (1904-1997) hin. Er brachte dabei seine Freude zum Ausdruck, dass nach jahrelangem Bemühen nun der Beschluss gefasst wurde, die Grünanlage am Kreuzpfuhl nach dem ehemaligen Bürger Weißensees zu benennen.

Auf Nachfrage erklärte Köhne, dass der Bezirk nicht in die Planungen für die Bewerbung Berlins um die Ausrichtung der Olympischen Spiele beteiligt gewesen sei. Er könne sich angesichts der für den Jahn-Sportpark dringend notwendigen Investitionen allerdings vorstellen, dass diese Sportanlage für die Paralympischen Spiele saniert und genutzt werden könnte. Zu diesem Thema ist das letzte Wort sicherlich noch nicht gesprochen – denn wir finden, Berlin braucht „LIEBER WAT JUTET statt OLYMPIA“.

Anlässlich einer Großen Anfrage zur Arbeitsfähigkeit bzw. Arbeitsunfähigkeit des Schulamtes wurde durch die Ausführungen der Schulstadträtin offenbar, wie die ganz normale Personalnot (ein

führen kann. Ganze Sachgebiete der gesetzlichen Pflichtleistungen des Bezirkes liegen derzeit lahm, weil selbst bei geringem Krankenstand eben gar kein Personal mehr zur Verfügung steht. Von Zukunftsfähigkeit für die wachsende Stadt Berlin zu sprechen, wäre angesichts dieser Lage schlicht zynisch. DIE LINKE hat die stumpfsinnige Orientierung auf den Personalabbau in den Verwaltungen immer wieder kritisiert. Wir meinen, dass der Senat endlich die Verhältnisse wahrnehmen und seine Einspar-Vorgaben an dem ausrichten muss, was diese Stadt braucht. Berlin braucht schon jetzt mehr Personal in den Bezirken. Schon in wenigen Jahren wird die Verwaltung nicht mehr arbeiten können, wenn nicht viele neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt werden. Die vom Finanzsenator vertretene weitere Personalreduzierung ist realitätsfern und gefährlich. Dieses Problem zu lösen, ist die SPD im Senat unfähig.

Einstimmig und ohne Debatte beschloss die BVV, das Bezirksamt damit zu beauftragen, Gespräche mit dem Grundstückseigentümer zu führen, um eine langfristige Sicherung der

vom Verein „Leben in Wilhelmsruh“ betriebenen Bibliothek zu erreichen.

Matthias Zarbock
Bezirksverordneter



Einladung BVV-Sitzung

am **15. Oktober 2014**

> **26. Tagung der BVV Pankow**

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal
in der Fröbelstraße 17

Müllschlucker: Klappe zu

> Gewobag brüskiert Mieter

Per Hausaushang teilte die Gewobag Ende August den Mietern in Wohnanlagen im Prenzlauer Berg mit, dass man mit der Errichtung von neuen Müllplätzen beginne und nach deren Fertigstellung die „Müllabwurfanlagen“ in den Häusern schließe. Dies sei aus brandschutz- und abfallrechtlichen Gründen erforderlich. Basta.

In zwei Wohnanlagen wollten sich die Mieter mit dieser Verkündung nicht abfinden. Gerade für ältere und mobilitätseingeschränkte Mieter würde dies



Betroffene Hochhäuser an der Greifswalder Straße/
Am Prenzlauer Berg

eine erhebliche Verschlechterung ihrer Wohn- und Lebensqualität darstellen. Dies könnte doch der Vermieter doch nicht einseitig beschließen. Allemal sollte das für eine öffentliche Vermieterin wie die Gewobag gelten. So unterzeichneten in beiden Wohnanlagen jeweils über 150 Mieter einen Widerspruch gegen diese Maßnahme.

Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) hat in ihrem Schreiben an den Vorstand der Gewobag ihr Unverständnis über dieses Vorgehen der Gesellschaft zum Ausdruck gebracht. Denn unabhängig davon, ob es tragende Gründe für die-

sen Schritt gibt, ist dieser Umgang mit den Mietern unakzeptabel. Wenn man so weitgehende Eingriffe in das Alltagsleben der Mieter vorhat, bedarf es einer hohen Transparenz hinsichtlich der Entscheidungsgrundlagen und ausführlichen Debatte mit den Betroffenen.

Die Gewobag suggeriert in ihrer Begründung, dass gesetzliche Vorschriften ihr keine andere Wahl ließen. Dass ist eine dreiste Falschdarstellung. Bei der Änderung der Berliner Bauordnung im Jahre 2011 wurde nach öffentlicher Debatte eine Öffnungsklausel eingefügt, die den Weiterbetrieb der Müllabwurfanlagen erlaubt, sofern brandschutz- und abfallrechtliche Bestimmungen eingehalten werden.

Dass dies möglich ist, hat die Gewobag selbst im Thälmannpark demonstriert. Dort hat sie die Müllabwurfanlagen brandschutzgerecht saniert. Die Linksfraktion hat nicht nur gegenüber dem Gewobag-Vorstand dieses mieterunfreundliche und unaufrichtige Vorge-

hen kritisiert und einen Stopp der Maßnahme gefordert. Sie bat auch das Bezirksamt Pankow in einer Kleinen Anfrage um Auskunft, inwiefern die bezirkliche Bauordnungsbehörde in diese Vorgänge involviert ist und ob es sich für ein Stopp der Maßnahme einsetzen wird. Die Linksfraktion informiert die Mieterinitiativen und unter-



stützt sie in ihrem Widerstand gegen das dreiste Vorgehen ihrer kommunalen Vermieterin.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Pankow hilft

Verfolgung und katastrophale Lebensumstände zwingen viele Menschen in Krisengebieten zur Flucht aus ihrer Heimat. Bis zu 650 Flüchtlinge sind inzwischen in drei



Mühlenstraße 33

Flüchtlingsunterkünften in Pankow untergebracht und hoffen auf ein Bleiberecht.

Ende 2013 wurde im ehemaligen Bürohaus in der Mühlenstraße 33 eine Flüchtlingsunterkunft eingerichtet. Hier wohnen 260 Erwachsene und etwa 80 Kinder. Seit dem Einzug gibt es tatkräftige Unterstützung aus der Bevölkerung. So gründete sich im Herbst vergangenen Jahres die Initiative „Pankow hilft“, in der DIE LINKE aktiv mitwirkt. Zu Beginn sammelte sie Sachspenden wie Kleidung, Kinderspielsachen und Haushaltsgegenstände. Seit Januar dieses Jahres bietet die Initiative Betreuung und Beratung an. Es geht um Deutschkurse, Beschäftigung mit den Kindern im Heim, Begleitung zum Schwimmunterricht, zu Behörden und Ärzten sowie Unterstützung bei der Wohnungssuche. Die Ehrenamtsarbeit stößt dabei auf Hindernisse bei Behörden und Wohnungsbaugesellschaften. Abhilfe soll künftig eine bessere Vernetzung der Initiativen in Pankow und mit denen anderer Bezirke schaffen.

Ein Höhepunkt der bisherigen Arbeit und positives Beispiel für nachbarschaftliches Miteinander war das Interkulturelle Kinderfest am 13. September 2014 auf dem Hof der Janusz-Korczak-Schule. An diesem Nachmittag erlebten die Flüchtlingskinder und Erwachsenen zusammen mit Nachbarn und ihren Kindern bei le-



ckerem Kuchen, Musik, Tanz, Tischtennis, Basteln und Schminken fröhliche Stunden.

Delia Hinz
Initiative
„Pankow hilft“

Keinen Schlusstrich

> **Expertenkommission zur Zukunft der Jahn-Behörde**

Vor einigen Monaten starb in Leipzig der Pfarrer der Nikolaikirche Christian Führer. In einem Interview bezogen auf den Herbst 1989 hat er einmal mit Blick auf junge Menschen gesagt: „Der Aufklärungsbedarf ist hoch, weil niemand zuvor in einer Weltanschauungsdiktatur gelebt hat.“ Und er ergänzte: „Das einzige Mittel gegen die Staatsicherheit war die Offenheit.“

Kurz vor der Sommerpause hat der Bundestag die Einsetzung einer Expertenkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde beschlossen. Unsere Fraktion begrüßt dies, gefordert haben wir das schon lange.

Für die Zukunft der Behörde haben wir drei Prämissen formuliert: Der Zugang der Betroffenen zu den Akten muss gesichert bleiben, unter welchem Türschild auch immer. Die

Expertise der Behörde für die Forschungs- und Bildungsarbeit darf nicht verloren gehen. Und natürlich darf es keinen Schlusstrich unter die Debatte über die DDR geben. Darauf werden wir konsequent dringen, auch in der Arbeit der Kommission. Wobei das mit dem „Wir“ dort etwas schwierig wird. Beschlossen wurde nämlich auch, dass von den 14 Mitgliedern zwölf von der Koalition und ganze zwei von der Opposition vorgeschlagen werden dürfen. Unsere Fraktion wird Professorin Silke Satjukow von der Universität Magdeburg in die Kommission entsenden.

Für viele Bürgerinnen und Bürger, die ihre Wurzeln in der DDR haben, wird eine transparente Arbeit der



Denkzeichen für die Opfer der ehem. Haftstätte von NKWD und MfS auf dem Bezirksamtsgelände

Kommission von großer Wichtigkeit sein, denn sie wollen natürlich an der Diskussion darüber teilhaben, wie die Forschungsarbeit fortgesetzt wird, wie und vor allen Dingen wo künftig ihre Akten eingesehen werden können.



Stefan Liebich
Mitglied des
Bundestages

Kurz aus dem Kiez

> **Wilhelmsruher Bibliothek bedroht**

Seit 2006 gibt es in der Hertzstraße 61 nun eine ehrenamtliche Bibliothek, betrieben vom Verein „Leben in Wilhelmsruh“. Diese ist aber in Gefahr. Die ABB plant, das Gelände, auf dem die Bibliothek steht, zu verkaufen. Ein Investor will dort nicht nur neue Arbeitsplätze schaffen, er braucht auch Platz für sein Unternehmen. Die Wilhelmsruher kämpfen für den Erhalt ihrer Bibliothek – dabei steht die Linksfraktion in der BVV an ihrer Seite.

> **Pankows Künstler bangen**

Das Atelierhaus in der Prenzlauer Promenade soll verkauft werden. Der Liegenschaftsfonds, dem das Haus seit 2005 gehört, will das Gebäude der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR an eine städtische Wohnungsbaugesellschaft übertragen

Kurz aus dem Kiez

– allerdings steht dann die Nutzung als Atelier der Möglichkeit günstigen Wohnraumes entgegen. In den letzten Jahren ist es laut dem Berufsverband Bildender Künstler (BKK) für Künstler in Berlin immer schwerer, bezahlbaren Arbeitsraum zu finden, das führt zu einem Wegzug von Kreativen.

> **Arnimplatz bekommt einen neuen Spielplatz**

Im Juli wurden die letzten Holzanlagen des Spielplatzes am Arnimplatz abgerissen, sie waren verfault und damit gefährlich für die spielenden Kinder. Laut Bezirksamt sollen ab 2015 neue Geräte bereitgestellt werden – falls dann Geld zur Verfügung steht.

> **Was wird aus der Stillen Straße?**

Der Seniorentreff in der Stillen Straße steht weiterhin vor einer ungewissen Zukunft. Die rund 800.000 Euro, die

Kurz aus dem Kiez

die Volkssolidarität bei der Stiftung Deutsche Klassenlotterie für die Sanierung beantragt hatte, konnten noch nicht bewilligt werden. Voraussetzung für die Behandlung des Antrags ist ein Gutachten der Senatssozialverwaltung – doch das liegt immer noch nicht vor. Der bisherige Nutzungsvertrag wurde nochmals verlängert.

> **SV Empor wurde 65**

Für die Sportsfreunde unter unseren Lesern ist es vermutlich nichts Neues: Der Prenzlauer Berger SV Empor feierte diesen September seinen 65. Geburtstag. Der DDR-Traditionsverein hat in dieser langen Geschichte viel erlebt, viele Titel gewonnen und tausende Kinder, Jugendliche und Erwachsene in der sportlichen Begeisterung zusammengeschweißt. Heute wie damals ist er vor Ort präsent, arbeitet viel mit Schulen und Kitas zusammen. Seinen Geburtstag feierte der Verein im Jahn-Sportpark mit einem Sportfest.

“Ecomobility”

> Und nun die Farce

Fast möchte man sagen: Es musste ja so kommen. Die völlig unausgereifte Idee eines sogenannten „ecomobility Festivals“ endete Anfang des Sommers vorläufig als Farce.

Die Zählergemeinschaftsmehrheit aus SPD und Grünen peitschte auf der letzten Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vor der Sommerpause noch einen schwammigen Beschluss durch, der die Festivalidee ein bisschen auf den Boden der hiesigen Realität zurückholte, sich aber einer klaren Absage an die bisherigen Pläne – wie mit einem gemeinsamen Änderungsantrag von LINKEN und CDU gefordert – verweigerte. Festgeschrieben wurde aber wenigstens, dass der Bezirk sich keinesfalls finanziell beteiligen würde, auch nicht durch die Hinnahme von Mindereinnahmen etwa bei der Parkraumbewirtschaftung. Außerdem sollte dem Verkehrsausschuss der BVV ein Beteiligungs- und Kommunikationskonzept vorgelegt und mit dem Ausschuss abgestimmt werden. Das reichte schon.

Eine Woche später erklärte der internationale Städteverband ICLEI, der Träger der Festivalidee war, er ziehe sich von einer Veranstaltung in Berlin zurück und verhandle lieber mit Johannesburg. Grund sei die „mangelnde Unterstützung der öffentlichen Hand“. Was übersetzt nur bedeutet: Entgegen allen vollmundigen Erklärungen hätte der Bezirk – der Senat hatte das ja schon strikt abgelehnt – eben doch Geld für dieses Festival ausgeben sollen. Hier muss man von direkter Täuschung der Kommune sprechen.

Die Organisatoren „vor Ort“, eine Firma (?) Namens „team red“, die bis zur Absage der ICLEI völlig unbeeindruckt vom BVV-Beschluss noch versucht hatte, eine durch nichts legitimierte Arbeitsgruppe unter Beteiligung von Mitgliedern der BVV aus dem Boden zu stampfen, teilte dann mit: „[...] einen ständigen Schönheitswettbewerb mit Konzeptvorstellungen in einem [...] Ausschuss und wahrscheinlich ewig währenden Nachbesserungsforderungen wird es mit uns nicht geben.“ Diese Leute behaupten,



Helmholtzplatz

seit zwölf Jahren in Sachen Elektromobilität „weltweit“ für und mit Kommunen tätig zu sein – mit demokratischen Strukturen haben sie es dabei offenbar bisher nicht zu tun gehabt.

Die Grünen aber, so ist zu hören, wollen von ihrer Idee noch nicht lassen. Natürlich soll alles „anders“, „kleiner“ werden. Eine Farce eben. Der Verkehrsclub Deutschland, eine den Grünen nahestehende Organisation, hat übrigens in diesem Sommer eine Studie vorgelegt, die zu dem Schluss kommt, für Privatpersonen sei die Anschaffung eines reinen Elektrofahrzeuges derzeit nicht zu empfehlen. Die Technik sei noch ungenügend.



Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Mehr Flüchtlinge in Pankow

> Unterstützung mit Menschlichkeit und Solidarität

In den Pankower Flüchtlingsunterkünften wohnen derzeit rund 650 Menschen. In den kommenden Monaten werden weitere hinzukommen. Gleichzeitig wächst die Zahl der Initiativen, mit denen Pankowerinnen und Pankower die Flüchtlinge unterstützen. Sie vernetzen sich und leisten eine ehrenamtliche Arbeit, für die ihnen großer Dank gebührt!

Durch diese Initiativen entstehen Kontakte zwischen Zugezogenen und Einheimischen. Die Flüchtlinge erfahren, wie Leben in Pankow ganz praktisch funktioniert. Einblicke in mögliche Freizeitgestaltung, das Kennenlernen Einheimischer, Sprache erlernen, Wohnungsfindung und Arztbesuche werden begleitet. Keine

formelle Betreuung im Asylverfahren kann dies ermöglichen. Den Betreibern der Wohnheime fehlen die Kapazitäten für diese so wichtige Arbeit. Hier muss der Senat dringend nachbessern und Ressourcen für die Koordinierung der Arbeit der Ehrenamtlichen bereitstellen. Dann könnte das Engagement der Initiativen – zum Nutzen für alle – noch effektiver wirken. Das ist auch dringend notwendig, denn Flüchtlinge werden sichtbarer in Pankow. Darauf müssen wir uns angesichts der weltweiten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen einstellen. Nicht immer wird das Zusammenleben konfliktfrei verlaufen. Gleichwohl können wir stolz darauf



Kundgebung gegen die NPD-Hetze am 9. 08 2014

sein, dass Menschlichkeit und Solidarität in Pankow überwiegen. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Wer sich engagieren möchte, bekommt Informationen zu den Möglichkeiten bei der Pankower Linkspartei



oder der Integrationsbeauftragten des Bezirks (<http://www.berlin.de/ba-pankow/verwaltung/migration/>).
Ines Pohl
Bezirksverordnete

Brüsseler Spitzen

> Gestärkte LINKE im Europäischen Parlament

Die Europawahlen 2014 liegen hinter uns, das Parlament hat sich konstituiert. Vor uns liegt nun ein 5-jähriger Weg unter dem Motto „Gemeinsam für einen Neustart der Europäischen Union!“.

Mit 7,4 Prozent ist DIE LINKE mit sieben Abgeordneten weiterhin die zahlenmäßig stärkste Gruppe innerhalb der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL). In ihr haben sich 52 Abgeordnete aus 13 europäischen Mitgliedstaaten zusammengeschlossen (bisher 37 Abgeordnete). Mehrere neue linke Parteien und Bewegungen sind in unserer Fraktion dabei, darunter die griechische Partei von Alexis Tsipras „Syriza“ und die neue spanische Bewegung „Podemos“. Mit dem populären 92-jährigen griechischen Widerstandskämpfer Manolis Glezos, der 1941 die Hakenkreuzfahne von der Akropolis holte, stellt die Linke den ältesten Abgeordneten.

Aber Ergebnis der Europawahlen ist auch das Erstarren der Rechten. Stärkste Fraktion ist die konservative Europäische Volkspartei (EVP). Die neofaschistischen Gruppierungen von Le Pen, Wilders und Voigt konn-

ten zwar keine eigene Fraktion bilden, verschärfen aber mit ihren unverhohlenen Parolen die parlamentarische Auseinandersetzung.

In dem deutlich nach rechts gerückten Parlamentsgefüge hat die linke Fraktion eine gewachsene Verantwortung in der Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung der EU-Politik. Wir haben den EU-Kommissionspräsidenten Juncker nicht gewählt, denn seine Politik widerspricht unserer Vision einer sozialen und demokratischen EU. Mit Thomas Händel (DIE LINKE) besetzen wir den Vorsitz im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten. Der Beschäftigungs- und Sozialpolitik auf EU-Ebene fällt in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung von (Jugend) Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung zu. Unsere parlamentarischen Aktivitäten konzentrieren sich auf den Kampf gegen das Freihandelsabkommen mit den USA und eine friedliche Lösung im Palästina-Konflikt. Die Arbeitsausrichtung ist klar: Zusammen



Martina Michels

mit den neuen linken Kräften werden wir denen eine starke Stimme geben, die in der EU nicht gehört werden. Wir wollen die Anlaufstelle für soziale Bewegungen und Gewerkschaften sein und für wirkliche Alternativen zu dieser neoliberalen EU der Banken und Konzerne streiten.

Martina Michels
Mitglied des
Europäischen Parlaments

BÜRGERBÜRO

**Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf**

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



DIE LINKE. Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)

Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



Pilothaus zur Abschreckung

> Pestalozzistraße 4

In der Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) am 17. September wollte die SPD-Fraktion vom Bezirksamt wissen, wie es um die Durchführung der Rahmenvereinbarung mit der Gesobau über eine sozialverträgliche Sanierung und insbesondere um das sogenannte Pilothaus Pestalozzistraße 4 bestellt sei. Der grüne Bezirksstadtrat Kirchner nahm den Pass auf und hielt eine langatmige Rede über die Erfolge und wenige unvermeidbare kleinere Schwierigkeiten: Alles gut, alles sozial.

DIE LINKE war wieder der Spielverderber und stellte die tatsächliche Lage dar: Die Gesobau ist kaum bereit, weitergehende Zugeständnisse an die einzelnen Mieter hinsichtlich Ausstattung, Maßnahmenumfang und sozialer Härtefallregelung zu machen. Wenn Mieter in der Wohnung oder im Haus bleiben wollen, agiert die Gesobau kleinlich und

kompromisslos. Der Erlös je Quadratmeter soll nach der Sanierung so groß wie nur irgend möglich sein.

Auf der Baustelle herrschen Chaos und Baupfusch, permanent Verstöße gegen Vereinbarungen mit den Mietern, Terminabsprachen sind alle längst Makulatur. Einige Mieter müssen zur Wahrung ihrer Rechte belastende Gerichtsverfahren mit der Gesobau führen. Andere Mieter sehen sich genötigt, angebotene „Endumsetzwohnungsangebote“ anzunehmen, weil sie sich und ihren Familien Vermieterstress und Baustellenterror nicht länger zumuten wollen. Die Hausgemeinschaft zerfällt. Die Wirkungen auf andere Gesobau-Häuser des Pankower Mieterprotestes sind fatal. Auch dort überlegen sich jetzt Mieter, die seit anderthalb Jahren dafür streiten, dass sie mit ihren Nachbarn auch nach der Gesobau-Sanierung zusammen wohnen



Gesobau-Objekt: Wohnhaus in der Pestalozzistraße 4

und leben können, ob sie sich derartiges zumuten wollen.

Das Pilothaus ist zum Haus der Abschreckung geworden. Die Gesobau wird ihrer Verantwortung als kommunale Gesellschaft nicht gerecht und wirkt aktiv an der sozialen Entmischung in Pankow mit. Die anderen Fraktionen konnten den substantiierten Vorwürfen der LINKEN nichts entgegnen.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

7. Oktober • 19 Uhr „Die Gerechtigkeit ist die Pasta des Volkes“, ein Volker-Braun-Abend mit Gina Pietsch (voc) und Uwe Streibel (p), Helle Panke e.V, Max-Lingner-Haus, Straße 201/2, 13156 Berlin

8. Oktober • 19 Uhr „Das verstimzte Klavier Roter Oktober“, Ena Tramps Widerstand gegen den russischen Raubtierkapitalismus, Wie geht es heute den Linken in Russland?, Helle Panke e.V, Max-Lingner-Haus, Straße 201/2, 13156 Berlin

9. Oktober • 14:30 Uhr Bürgersprechstunde von Elke Breitenbach, Mitglied des Abgeordnetenhauses, Amtshaus Buchholz, Nachbarschafts- und Familien-Café (im Erdgeschoss links), Berliner Straße 24, 13127 Berlin

11. Oktober • 10 Uhr Konferenz „Die gesellschaftliche Entwicklung in China und ihre globalen Auswirkungen“, u.a. mit Dr. Dagmar Enkelmann, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

13. Oktober • 18 Uhr Basistag der LINKEN Pankow, Stefan Liebich und Jan van Aken (Mitglieder des Deutschen Bundestages) diskutieren zur

Außenpolitik, Karl-Liebnecht-Haus, Rosa-Luxemburg-Saal, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

15. Oktober • 20 Uhr Vortrag/Diskussion „Wie viel V-Mann war der NSU?“ mit Marina Renner, Mitglied des Bundestages, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9, 10437 Berlin

21. Oktober • 10 Uhr Seniorenklub im Karl-Liebnecht-Haus „Perestroika, Gorbatschow und die Juden“, Über ein aufschlussreiches Kapitel in Arno Lustigers Rotbuch (1998) mit Prof. Dr. Heinrich Fink, Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

28. Oktober • 10 Uhr Seniorenklub im Karl-Liebnecht-Haus „Glanz und Elend deutscher Antikriegsliteratur zwischen zwei Weltkriegen“ mit Prof. Dr. Sigrid Bock, Karl-Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Berlinxx.net

Greifswalder Straße 220
10405 Berlin

030/547 13 44 8

030/547 13 44 9

buero@berlinxx.net



Offenes Bürgerbüro von
Carola Bluhm, Uwe Doering
und **Klaus Lederer**



Wahlnachlese

Wir trafen uns am Montag nach dem Wahltag in Brandenburg und Thüringen beim Eisernen Gustav. Ziel: Wir wollten Feuerwasser und Bier trinken und die Wahlergebnisse diskutieren.

Lena packte eine Zuckermelone aus. Die Wirtin brachte kleine Schalen, Messer und Kuchengabeln mit. Lena: „Das ist meine Überraschung.“ Alle probierten. „Wo hast du diese Melone gekauft?“ „Im Supermarkt. Ich habe sie aber mit Korn verfeinert.“

Klaus: „Der Wahlabend war sehr spannend. Nicht alles war positiv für uns. Am meisten erschüttert mich die Wahlbeteiligung. In Sachsen, Brandenburg und Thüringen um die 50 Prozent und noch weniger. Wo führt das hin?“ „Stell dir vor, es ist Wahltag und keiner geht hin“, so begann Heiko seinen Beitrag. Manfred: „DIE LINKE hat bei den Wahlen überall Wählerstimmen verloren. Und besonders

viel in den Ländern, in denen sie mitregiert hat. Damit haben wir die alte Diskussion wieder. Gestaltende Partei oder kritisieren. Als Juniorpartei hat in Thüringen auch die SPD verloren. Was tun?“

Nach kurzer Denk- und Trinkpause meldet sich Anne zu Wort: „Ich denke, als Juniorpartner hat DIE LINKE bei den Wahlen keine Chance. Wer in Deutschland die gesellschaftlichen Verhältnisse ändern will, stößt auf ein festgefügtes bürgerlich dominiertes Rechtsgebäude.

Es ist von der CDU im Interesse einer Klassengesellschaft über Jahrzehnte ausgearbeitet. Das zu ändern, wurde von CDU und SPD immer verhindert. Damit ist DIE LINKE gezwungen, auf dieser Basis zu regieren. Die Erwartungen unserer Wähler können nicht erfüllt werden. Und dann werden wir bestraft. Vielleicht kann es in Thüringen aus der Stellung des Ko-

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Fennstraße 2, 13347 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluss: 22. September 2014
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
 Auflage: 4.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 10. November 2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Michael van der Meer, Sandra Brunner, Uwe Hiks

Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE Berlin
 Konto-Nr.: 43 84 81 68 00
 BLZ: 100 200 00
 Verwendungszweck: 810-505

alitionsmitgliedes Nummer 1 besser werden.“ – Na, denn Prost!

Klaus Flemming

SUDOKU									Vitamine für's Gehirn								
mittel									schwer								
		4		1 7		9			9	6			2		4		
			8					1	2	5				4		1	
												9	6			3	
	9	8								4		5	7	3		9	6
		7			1			8							3		
4	1		5	8	3				8			4				5	
	3							7							1		
1			7	6	8	3		9									3
	8						5	4						6			

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.